

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 69 (1975)
Heft: 7-8

Artikel: Rückblende auf das Schicksal der Kurden : Teil III (Schluss). Vrgl. Mai- und Juniheft "NW" : das Geschehen nach dem Kurden-Manifest ; Letzte Phase des Kurdenkrieges ; Ende des Kurdenkrieges ; Was geschieht mit den Kurden?

Autor: Kremos, Helen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142479>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Regimewechsel kam, haben wir keine Schwierigkeiten mehr. Die Presbyterianische Kirche tut ihr Möglichstes, um beim Aufbau und bei der Entwicklung unserer Nation mitzuhelfen, indem sie ihre soziale Tätigkeit erweitert und vertieft. (Die FRELIMO hat die Religionsfreiheit im neuen Moçambique ausdrücklich bestätigt.)

RR: Herzlichen Dank, Senhor Fuzamo.»

(Übersetzung aus dem Portugiesischen von Regula Renschler.)

EPD Schweiz.

Rückblende auf das Schicksal der Kurden

III. (Schluß) Vrgl. Mai- und Juniheft «NW»

Das Geschehen nach dem Kurden-Manifest

Die Ausführungen im Mai- und Juniheft der «Neuen Wege» befaßten sich mit dem Schicksal der Kurden seit dem Ersten Weltkrieg bis zur Verkündung des Kurden-Manifests am 11. März 1970.

Mit diesem Friedensvertrag, der die nationale Existenz des kurdischen Volkes im Rahmen der irakischen Verfassung offiziell anerkannte, schienen alle Hindernisse für eine politische Lösung der für beide Seiten so verlustreichen Konfliktsituation aus dem Wege geräumt. Der stellvertretende Generalsekretär der Baath-Partei im Irak, der die Hauptrolle bei den Verhandlungen mit den Kurden gespielt hatte, sagte damals: «Echte Brüderlichkeit zwischen den Arabern und den Kurden hat mit dem heutigen Tag im Irak ihren Anfang genommen. Diese Lösung ist nicht eine vorübergehende Waffenruhe wie in der Vergangenheit, sondern eine vollständige politische und verfassungsmäßige Beilegung aller zwischen Arabern und Kurden existierenden Probleme, die im Irak für immer gültig sein wird». Das Kurden-Manifest schließt mit der von der Bagdader Regierung abgegebenen Zusicherung: «Die Geschichte wird zeigen, daß Ihr Kurden niemals, weder in der Vergangenheit noch in der Zukunft, einen solchen loyalen Bruder und einen so verlässlichen Alliierten wie das arabische Volk gehabt habt».

Das angebahnte Vertrauensverhältnis hielt nicht lange an. Was sich nach 1970 bis zur Gegenwart abspielte, deutet darauf hin, daß das Kurden-Manifest ein groß angelegtes Täuschungs- und Verzögerungsmanöver Bagdads war, um in dieser Atempause hinter den Kulissen alle Möglichkeiten für eine «Endlösung des Kurdenproblems» auszuschöpfen. Die Baath-Regierung ergriff keine Maßnahmen zur Durchführung der Volkszählung, durch die binnen Jahresfrist die Grenzen des zukünftigen autonomen kurdischen Gebiets festgelegt werden soll-

ten. Statt dessen wurde die begonnene Deportation der kurdischen Bevölkerung aus den Erdölgebieten, insbesondere Kirkuk, Mosul, Sinjar und Khanaqin, weitergeführt.

Anfang September 1970 stellte Barzani Bagdad ein Ultimatum zur raschen Erfüllung des Kurden-Manifests. Die Antwort auf diese Aufforderung kam am 30. September in Form eines Attentats auf den Kurdenführer Barzani, in welchem der irakische Geheimdienstchef und der irakische Militärbefehlshaber im Norden ihre Hand im Spiel hatten. Die Attentäter, elf Muslimbrüder aus Bagdad, die sich als Versöhnungsdelegation ausgaben, waren im Hauptquartier Barzanis zu einer Audienz zugelassen worden. Der Anschlag mißlang, da Barzani, der plötzlich Verdacht schöpfte, sich kurz vor der Explosion der Zeitbomben, welche die Attentäter auf dem Körper trugen, entfernte. Das gesamte Mordkommando und drei Kurden kamen um.

Im April 1972 unterzeichnete die Baath-Regierung mit der UdSSR ein auf fünfzehn Jahre befristetes Freundschafts- und Zusammenarbeitsabkommen, das umfangreiche sowjetische Rüstungshilfe vorsah. Die Russen verpflichteten sich, das irakische Öl zu jeweiligen Weltmarktpreisen zu übernehmen und gleichzeitig die nötigen Techniker und Ingenieure zur Verfügung zu stellen. Jetzt wandten sich die Russen mit aller Schärfe gegen die Nationalbewegung des Kurdenführers Mustafa Barzani, die sie als Aufstand gegen die rechtmäßige Bagdader Regierung brandmarkten. Barzani wurde als Vertreter von feudalen Großgrundbesitzern, als Gegner einer Bodenreform und Sozialgesetzgebung hingestellt. Der russische Einfluß im Irak machte sich aber vor allem in massiven Waffenlieferungen und in der Entsendung von militärischen Beratern bemerkbar.

Im Mai 1972 beschloß die Baath-Regierung die Verstaatlichung der «Iraq Petroleum Company» (IPO). Für Bagdad bedeutete diese Nationalisierung gefüllte Kassen, für die Kurden den Verlust der von der Gesellschaft direkt an sie entrichteten einträglichen Gebühren. Informiert über diesen wichtigen Entscheid wurden die Kurden nicht, obschon sich die Erdölvorkommen zur Hauptsache auf kurdischem Gebiet befinden.

Nach einem weiteren mißlungenen Attentat auf Barzani und gelegentlichen blutigen Kampfhandlungen spitzte sich das ergebnislose Streitgespräch am Verhandlungstisch immer mehr zu.

Am 11. März 1974, genau vier Jahre nach dem Autonomieversprechen vom März 1970 bot der Staatspräsident Hassan al-Bakr den Kurden die «Selbstverwaltung im Rahmen der Einheit der Republik Irak» an. Unmittelbar darauf wurde dieses Angebot zu einem auf vierzehn Tage befristeten Ultimatum erklärt. Die Kurden wiesen dieses äußerst eng beschnittene Autonomieangebot zurück. In der entschei-

denden Frage der Grenzziehung des künftigen kurdischen Verwaltungsgebietes ging Bagdad von den Ergebnissen der Volkszählung vom Jahr 1957 aus, die 800 000 Kurden im Irak ermittelte; heutige Schätzungen rechnen mit zweieinhalb Millionen. Dazu kam, daß die erdölreiche Provinz Kirkuk nicht in das vorgesehene Kurdengebiet einbezogen wurde. Obschon sich die Kurden von der Regierung hintergangen fühlten, waren sie immer noch verhandlungsbereit. Durch ihren nach Bagdad entsandten Vermittler, Sidris Barzani (die rechte Hand seines Vaters), ersuchten sie die Regierung, das Autonomieabkommen um sechs Monate zurückzustellen, um nochmals über die Grenzen des Kurdengebiets zu verhandeln. Die Antwort des Bagdader Revolutionsrats (der sich schon längst für den Krieg entschieden hatte) lautete: 24 Stunden Bedenkzeit, das Angebot anzunehmen oder abzulehnen.

Letzte Phase des Kurdenkrieges

Im September 1974 marschierten irakische Regimenter ins Kurdengebiet ein. Diese siebente und letzte Offensive der irakischen Streitkräfte des seit 1961 immer wieder aufflammenden Krieges ist als Völkermord zu brandmarken. Der gegen die kurdischen Wohngebiete gerichtete gnadenlose Bombenkrieg (verbrannte Erde, Phosphor, Napalm) brachte der Zivilbevölkerung unbeschreibliches Leiden.

Mustafa Barzani rief sein Volk zum Widerstand auf. Auf seinen Ruf «Kommt in die Berge» kam es zu einem zu Zehntausenden zählenden Exodus waffenfähiger Kurden aller Bevölkerungsschichten (Soldaten, Polizisten, Studenten, Ingenieure, Juristen, Ärzte). Diesem Auszug schlossen sich auch die fünf kurdischen Minister aus Bagdad sowie die drei kurdischen Gouverneure der Kreisstädte an. Unter den Zurückgebliebenen — vor allem jüngere städtische Intellektuelle —, die sich von einem Arrangement mit Bagdad mehr versprochen als von kriegerischen Auseinandersetzungen, befand sich ein Sohn des Kurdenführers Mustafa Barzani, Obaidallah Barzani. Dieser gilt, seit er sich von Bagdad als Minister ohne Portefeuille hat ernennen lassen, als Überläufer. Mustafa Barzani erklärte in einem damals stattgefundenen Interview mit einem Schweizer Journalisten, die Bagdader Regierung habe eine eigene Kurdenbewegung von Kollaborateuren aus Stadtbewohnern und Berufsmilitärs zur Unterwanderung der kurdischen Freiheitsbewegung aufgebaut. In diesem Gespräch erwähnte er, daß die Baathisten fünfzigtausend kurdische Familien aus Städten ausgesiedelt hätten.

Durch eine totale Nachrichtensperre und Abriegelung der Kampfzonen war es dem Regime in Bagdad möglich, das Ausmaß der Kämpfe dem Ausland und der eigenen Bevölkerung gegen-

über zu verbergen. Aus den Aussagen des kurdischen Radios, die durch Augenzeugenberichte wagemutiger Journalisten und Flüchtlinge bestätigt wurden, kann man sich folgendes Bild zurechtlegen. Während den ersten sechs Monaten vermochten die an elf Fronten kämpfenden Kurden dank der schon früher beschriebenen Guerillastrategie (Juniheft «NW») den vorstoßenden irakischen Truppen standzuhalten. Die Kurden beherrschten die Gebirgsstraßen, umzingelten die vorgestoßenen Eliteeinheiten, kontrollierten die irakisch-iranische Grenze und fügten den irakischen Nachschubkolonnen große Verluste bei, sodaß die irakischen Garnisonen aus der Luft versorgt werden mußten. Es gelang ihnen auch, die scharf bewachte Pipeline von Kirkuk mehrmals in Brand zu stecken.

Die Kurden hofften, gestützt auf die Erfahrungen der Jahre 1961 bis 1970 durch einen Abnutzungskrieg einen Regierungswechsel durch die frustrierte Armee herbeizuführen. Diesmal ging das Kalkül der Kurden nicht auf. Das Baath-Regime, wohl das härteste in diesem von Gewalt beherrschten Land, erwies sich als stabiler als die vorausgegangenen Regierungen. Erwiesenermaßen funktioniert bei den Baathisten eine perfekte Anwendung aller verfügbaren Terrormethoden.

Die irakischen Bodentruppen, zusammen mit der Luftwaffe, versuchten durch ihr brutales Vorgehen die Moral der Zivilbevölkerung zu brechen. Die Menschen flohen massenweise immer höher in die Berge hinauf, wo sie in Höhlen, in Zelten oder unter freiem Himmel kampierten. Im Nordwesten Kurdistans, der hermetisch verschlossenen türkischen Grenze entlang, soll, nach verlässlichen Quellen, die Flüchtlingszahl sich auf hunderttausend belaufen haben. Über die offene iranische Grenze ergoß sich ein ständig wachsender Flüchtlingsstrom. Die im Iran in Lagern aufgenommenen Zivilpersonenn wurden beim Abbruch der Kämpfe von den iranischen Behörden auf dreihunderttausend beziffert. Dank der offenen irakisch-iranischen Grenze und der militärischen und wirtschaftlichen Hilfe des Schahs vermochten die Kurden dem Großaufmarsch der irakischen Armee entgegenzutreten. Später wurde allerdings klar, daß diese «großzügige» Unterstützung aus rein machtpolitischen Motiven erfolgt war.

Zu Beginn des Jahres 1975 war der erbitterte Abwehrkampf der Kurden noch nicht gebrochen, worauf ein Totalaufmarsch der irakischen Armee einsetzte. Die kurdischen Widerstandskämpfer standen jetzt einer von der Sowjetunion mit den modernsten Waffen (neueste Flugzeugtypen, zwölftausend Panzer) ausgerüsteten Armee gegenüber. Diese wurde von über dreitausend im Bergkampf erfahrenen sowjetischen Militärberatern unterstützt. Zusätzlich hielten sich fünftausend sowjetische Wirtschafts- und Verwaltungsexperten im Irak auf. Es gelang irakischen Elitetruppen Keile in die Kurdenberge vorzutreiben

und teilweise den Nachschub vom Iran her zu unterbinden; zu einer entscheidenden Niederlage der Kurden kam es nicht.

Ende des Kurdenkrieges

Während die Kampfplage unentschieden blieb, kam es zwischen den Baathisten und dem Schah Reza Pahlevi zu Geheimverhandlungen, die zu einer «Versöhnung» zwischen Bagdad und Teheran führten. Die zwischen den zwei Partnern ausgehandelte Interessengemeinschaft fand ihren Niederschlag in einem Abkommen, das an der Gipfelkonferenz erdölexportierender Länder (OPEC) in Algier am 6. März 1975 unterzeichnet wurde. Die damals vollzogene Kehrtwendung des Schahs wurde von der Weltpresse einhellig als ein an den Kurden kaltblütig begangener Verrat bezeichnet. Sein Ziel, die führenden Baathisten für seine Zwecke gefügig zu machen, war erreicht. Da die Hintergründe, die zur OPEC-Gipfelkonferenz geführt haben und die katastrophalen Folgen für das Kurdenvolk von der Presse eingehend erörtert worden sind, fassen wir uns kurz. Der Schah hat sich durch die Verpflichtung, die Grenzen zum Irak hermetisch zu schließen, was den sofortigen Abbruch der iranischen Hilfe an die Kurden nach sich zog, die Neuregelung der territorialen Verhältnisse am Flußlauf Schatt-el Arab, in der Mündung des Euphrat und Tigris, eingehandelt. Damit ist Irans Erdöltransfer am Persischen Golf gesichert. Bagdad hat durch diesen Handel erreicht, was durch Waffengewalt nicht zu erreichen war: Beendigung des sich auf das gesamte Wirtschaftsleben lähmend auswirkenden Kurdenkrieges.

Am 18. März 1975 erteilte Mustafa Barzani seinen Truppen den Befehl zur Einstellung aller Kampfhandlungen. In seiner Botschaft an die Armee erklärte er: «Ich bin nicht bereit, das Leben aller kurdischen Zivilisten zu gefährden. Wir müssen versuchen zu retten, was möglich ist. Jetzt kommen dunkle Tage für uns».

Was geschieht mit den Kurden?

Der Rückblick auf die Vergangenheit ist düster. Was wird die Zukunft bringen? Viele Fragen drängen sich auf. Welche Rolle ist den Kurden zugedacht im heutigen Irak, der in rasantem Tempo seine Ölmilliarden investiert, zur Verwirklichung seines äußerst vielfältigen Entwicklungsprogramms (ambitiöse Industrialisierungsprojekte, touristischer Ausbau der herrlichen kurdischen Berglandschaft)? Werden die Kurden volle staatliche Mitbestimmung erhalten, sodaß sie nicht als Bürger zweiter Klasse hinter der arabischen Bevölkerung zurückstehen müssen? Wird ihnen in ihren angestammten Siedlungsgebieten das Maß von Autonomie, das für die Erhaltung ihrer Eigenständigkeit und ihres Volks-

lebens notwendig ist, zugestanden? Kann man beruhigenden Berichten ausländischer Beobachter, die sich in letzter Zeit im Irak aufgehalten haben, Glauben schenken? Die Darstellung des Nahost-Korrespondenten Arnold Hottinger («NZZ», 5. Juni 1975) über die Versöhnungspolitik der irakischen Regierung, die reibungslose Wiedereingliederung der kurdischen Widerstandskämpfer auf Grund einer Totalamnestie, die freiwillige Rückkehr aller Flüchtlinge aus Teheran hat zweifellos bei der Bagdader Regierung, für die das Kurdenproblem gelöst ist, Anklang gefunden. Ebenso der Bericht einer Delegation des Weltkirchenrates («NZZ», 29. Mai 1975), die sich auf Einladung Bagdads während zehn Tagen im Kurdengebiet aufgehalten hat. Die Teilnehmer haben den Eindruck gewonnen, daß es jetzt mit den Gewalttätigkeiten zu Ende sei und daß sich das Leben wieder schnell normalisiere. «Pogrom» (Zeitschrift der Gesellschaft für bedrohte Völker, Hamburg) bezeichnet die Erklärung des WKR als gänzlich unglaubwürdig und fordert, daß sich die Delegierten dieser Mission einer öffentlichen Diskussion stellen.

Daß die vom Baath-Regime in vergangenen Jahren ausgeübte Terror-Praxis noch wirksam ist, zeigt folgende Meldung von Amnesty International: Der kurdische Abgeordnete Mustafa Ghafour wurde im April 1975 zur Abschreckung der anderen Abgeordneten, die sich um rückkehrende Flüchtlinge bemühen, hingerichtet.

Es ist zu hoffen, daß die internationale Öffentlichkeit (insbesondere die UNO und ihre Sonderorganisationen) sich ihrer Verantwortung für das Schicksal des in seiner Eigenständigkeit bedrohten kurdischen Volkes bewußt wird, und dementsprechend Druck auf die irakische Regierung ausübt.

Helen Kremos

(Vgl. 1. und 2. Teil des Aufsatzes im Mai- und Juniheft)

Das zweite Nuklear-Zeitalter

In den letzten Tagen sind die Abrüstungs-Experten in Genf zusammengekommen, um die Probleme des «Zweiten Nuklearen Zeitalters», wie sie es nennen, zu besprechen. Die Welt nahm allerdings kaum Notiz davon. Sie definieren «das erste Nukleare Zeitalter» als die Epoche, da die USA und die Sowjetunion ein Monopol auf Nuklearwaffen besaßen, und «das Zweite Nuklear-Zeitalter» als die Zeit — sie hat erst begonnen — da mehr und mehr Nationen die Rohstoffe für die Herstellung von Atombomben anschaffen.

Im ersten Nuklear-Zeitalter konnte gegenseitiges Morden vermieden werden, da die USA und die SU sich durch bilaterale Abmachun-